



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Aus Liebe zum Menschen.

ACCORD

Austrian Centre for Country of Origin
& Asylum Research and Documentation

Anfragebeantwortung zu Georgien: Informationen zu Zwangsprostitution, staatlicher Schutz, Verfolgung der Opfer bei Rückkehr [a-11339]

18. September 2020



Bundesministerium
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

Anfragebeantwortung zu Georgien:
Informationen zu Zwangsprostitution, staatlicher Schutz, Verfolgung der Opfer
bei Rückkehr [a-11339]
18. September 2020

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Expertenauskünften, und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Dieses Produkt stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf www.ecoi.net verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|---|----|
| 1 | Prostitution und Zwangsprostitution | 3 |
| 1.1 | Rechtliche Rahmenbedingungen | 3 |
| 1.2 | Ausmaß | 4 |
| 1.3 | Staatlicher Schutz | 5 |
| 1.3.1 | Strafverfolgung | 5 |
| 1.3.2 | Opferidentifizierung | 6 |
| 1.3.3 | Schutzeinrichtungen | 6 |
| 1.3.4 | Handeln der Polizei, Anzeigen bei der Polizei | 8 |
| 2 | Sexuelle Ausbeutung von Kindern | 10 |
| 2.1 | Rechtliche Rahmenbedingungen | 10 |
| 2.2 | Ausmaß | 11 |
| 2.3 | Staatlicher Schutz | 12 |
| 2.3.1 | Strafverfolgung | 12 |
| 2.3.2 | Opferidentifizierung und Schutzeinrichtungen | 13 |
| | Quellenverzeichnis | 14 |
| | Anhang: Quellenbeschreibungen, Ausschnitte mit Informationen aus ausgewählten Quellen | 16 |

Zusätzliche Kurzbeschreibungen zu verwendeten Quellen sowie Ausschnitte mit Informationen aus ausgewählten Quellen finden Sie im Anhang.

Diese Anfragebeantwortung behandelt aufgrund des mitgelieferten Fallhintergrunds nicht primär die Themen Menschenhandel bzw. Kinderhandel, sondern Prostitution und Zwangsprostitution sowie sexuelle Ausbeutung von Kindern.

1 Prostitution und Zwangsprostitution

1.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Quelle OSGF/GYLA erläutert in einem Bericht vom Juli 2018 detailliert rechtliche Regelungen zu Prostitution:

Sexarbeit/Prostitution ist im georgischen Recht kein Straftatbestand. Sexarbeit wird nicht als eine Form der Arbeit anerkannt, weshalb das georgische Arbeitsrecht keine Anwendung findet. Sexarbeit ist eine Verwaltungsübertretung und gehört zur Gruppe jener Verwaltungsübertretungen, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen. Gleichzeitig sind mehrere Handlungen, die mit Prostitution in Verbindung stehen, Straftatbestände.

Gemäß Paragraph 172³ des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten („Administrative Offences Code of Georgia“) wird Prostitution mit einer Verwarnung oder einer Strafe in der Höhe bis zu einem halben Mindestlohn geahndet. Das Gesetz enthält keine Definition von Prostitution oder eine Erklärung, was genau Prostitution darstellt. Wenn mehrmals Prostitution innerhalb eines Jahres nach Verhängung einer Verwaltungsstrafe begangen wird, wird dieses Vergehen mit einer Strafe in Höhe von einem halben bis zu einem ganzen Mindestlohn geahndet. Opfer von Menschenhandel und Personen, die zu Opfern der in den Paragraphen 143¹ (Menschenhandel, Anm. ACCORD) oder 143² (Kinderhandel, Anm. ACCORD) des Strafgesetzbuchs beschriebenen Straftaten erklärt wurden, sollen von der administrativen Haftung befreit werden, wenn sie die Tat infolge von Menschenhandel begangen haben, bevor sie den Status eines Opfers von Menschenhandel erhalten haben.

Wenn sich eine Person aus freiem Willen heraus prostituiert, stellt dies keine Straftat dar. Zuführen zur Prostitution („engagement in prostitution“) und das Zurverfügungstellen eines Gebiets oder einer Wohnung für Prostitution sind Straftatbestände, für die Personen, die andere zur Prostitution zugeführt haben oder die Wohnungen zur Verfügung gestellt haben, strafrechtlich verantwortlich sind. Der/die Sexarbeiter/in ist nicht strafrechtlich verantwortlich. Gemäß Paragraph 253 des georgischen Strafgesetzbuchs wird das Zuführen zur Prostitution unter Anwendung von Gewalt, Androhung von Gewalt oder Zerstörung von Eigentum, Erpressung oder Täuschung mit einer Geldstrafe oder mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet. Wird die Tat von einer organisierten Gruppe oder wissentlich gegen minderjährige Personen begangen oder wird Profit aus dem Zuführen einer minderjährigen Person zur Prostitution geschlagen, gilt dies als erschwerender Umstand und die Tat ist mit einer Haftstrafe von fünf bis sieben Jahren zu bestrafen (Paragraph 253 Absatz 2).

Das Zurverfügungstellen eines Gebiets oder einer Wohnung für Prostitution (Paragraph 254) ist mit einer Geldstrafe oder mit zwei bis vier Jahren Haft zu bestrafen (OSGF/GYLA, 4. Juli 2018, S. 16-17).

Auch das Überreden einer Person zur Prostitution und/oder das Durchführen einer anderen gewaltlosen Tätigkeit, die darauf abzielt, die Prostitution von Personen zu befördern (Zuhälterei) stellt (gemäß Paragraph 254, Anm. ACCORD) einen Straftatbestand dar (Government of Georgia, 28. April 2020, S. 26).

Menschenhandel ist in Paragraph 143¹ des Strafgesetzbuches kriminalisiert (OSZE, 6. Mai 2020, S. 3). Der Straftatbestand des Menschenhandels, der zum Zwecke der Ausbeutung begangen wird, definiert Ausbeutung unter anderem als Zuführen einer Person zur Prostitution. (OSGF/GYLA, 4. Juli 2018, S. 17)

Eine konsolidiert englische Fassung des georgischen Strafgesetzbuches vom September 2019 finden Sie auf der Website der offiziellen georgischen Gesetzesdatenbank¹:

- Criminal Code of Georgia, September 2019 (veröffentlicht von Legislative Herald of Georgia) <https://matsne.gov.ge/en/document/view/16426?publication=209>

Eine konsolidierte englische Fassung des georgischen Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom Dezember 2017 finden Sie auf der Website der offiziellen georgischen Gesetzesdatenbank²:

- Administrative Offences Code of Georgia, Dezember 2017 (veröffentlicht von Legislative Herald of Georgia) <https://matsne.gov.ge/en/document/view/28216?publication=381>

1.2 Ausmaß

Das US-Außenministerium (US Department of State, USDOS) erwähnt in seinem Jahresbericht zu Menschenhandel vom Juni 2020 (Beobachtungszeitraum April 2019 bis März 2020), dass MenschenhändlerInnen Frauen aus Georgien unter anderem auch innerhalb des Landes sexuell ausbeuten (USDOS, 25. Juni 2020). Der Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gibt in einem Bericht vom Mai 2020 an, dass das Fehlen umfassender Daten es schwierig macht, den genauen Umfang und das Ausmaß von Menschenhandel in Georgien einzuschätzen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Staaten zu dem Schluss kommen, dass aufgrund der geringen Zahl der identifizierten Opfer auch das Ausmaß des Problems gering sein muss. Aus umfassendem Forschungsmaterial geht jedoch hervor, so der Sonderbeauftragte weiter, dass die Zahl der identifizierten Opfer in einem Land in der Regel nur einen winzigen Bruchteil der tatsächlichen Opferzahl darstellt. Die während des Besuchs im Juni 2019 gesammelten Daten und von den georgischen Behörden und NGOs bereitgestellte Informationen deuten darauf hin, dass Georgien ein Herkunfts-, Transit- und Zielland für verschiedene Formen des Menschenhandels ist (OSZE, 6. Mai 2020, S. 7). Weiters führt der Bericht aus, dass in der kommerziellen Sex-Industrie, die oft eine Verbindung zur Tourismusindustrie hat, vielleicht das größte Risiko für Menschenhandel besteht. Prostitution stellt zwar eine Verwaltungsübertretung dar, laut

¹ Wie auf der Website der offiziellen georgischen Gesetzesdatenbank zu sehen ist, gibt es inzwischen weitere Novellierungen bis hin zum September 2020, die jedoch auf Englisch noch nicht verfügbar sind.

² Wie auf der Website der offiziellen georgischen Gesetzesdatenbank zu sehen ist, gibt es inzwischen weitere Novellierungen bis hin zum Juli 2020, die jedoch auf Englisch noch nicht verfügbar sind.

zahlreichen GesprächspartnerInnen des Sonderbeauftragten werde sie in der Praxis jedoch weder kontrolliert noch bestraft, sondern vielmehr toleriert. Laut Angaben von Regierungsstellen und NGOs gebe es Prostitution vor allem in Tiflis und Adscharien. Vor allem Frauen aus Zentralasien arbeiten als Prostituierte. Es gibt zwar keine offiziellen Angaben zur Anzahl der Frauen, die sich in Georgien prostituieren, zivilgesellschaftliche Organisationen behaupten jedoch, dass etwa 5.000 Frauen aus Usbekistan in Bars, Massagesalons und Kasinos in Adscharien und entlang der Grenze mit der Türkei arbeiten würden (OSZE, 6. Mai 2020, S. 16-17). Ein Artikel der Medienplattform Chai Khana vom September 2019 erwähnt, dass laut einer Studie aus dem Jahr 2014 Prostitution in Georgien weite Verbreitung gefunden hat. Prostitution im Land ist laut dem Artikel eng mit Armut und den allgemeinen Unruhen in den 1990er und 2000er Jahren verbunden (Chai Khana, 25 September 2019).

1.3 Staatlicher Schutz

1.3.1 Strafverfolgung

Das USDOS schreibt in seinem Menschenhandelsbericht vom Juni 2020, dass im Beobachtungszeitraum April 2019 bis März 2020 in 17 Fällen Ermittlungen eingeleitet wurden (im Vergleich zu 19 Fällen 2018). Bei elf der untersuchten Fälle handelte es sich um Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (im Vergleich zu zehn Fällen von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und zwei Fällen von sowohl Sexhandel als auch Zwangsarbeit 2018). 29 Personen wurden strafrechtlich verfolgt (fünf im Jahr 2018), davon 26 wegen Kinderhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Drei MenschenhändlerInnen wurden 2019 wegen Zwangsbettelei verurteilt (2018: vier Verurteilungen wegen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung) (USDOS, 25. Juni 2020). Der Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels der OSZE gibt in einem Bericht vom Mai 2020 an, dass die Verurteilungsrate die niedrige Rate von Opferidentifizierungen widerspiegelt (OSZE, 6. Mai 2020, S. 15).

Die Open Society Georgia Foundation (OSGF) und die Georgian Young Lawyers' Association (GYLA) schreiben in einem Bericht vom Juli 2018, dass das Verhängen von administrativen Strafen gegen SexarbeiterInnen willkürlich ist, da es keine Definition von Prostitution im Gesetz über Ordnungswidrigkeiten gibt. Paragraph 172³ legt nur die Strafe („responsibility“) für Prostitution fest, identifiziert aber nicht, bei welcher Art von Handlung es sich um Prostitution handelt. Diese Lücke gibt den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten den Raum, um willkürlich zu interpretieren, was eine Ordnungswidrigkeit darstellt (OSGF/GYLA, 4. Juli 2018, S. 20).

Der Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels der OSZE geht in einem Bericht vom Mai 2020 auf Paragraph 254 des Strafgesetzbuchs ein, gemäß dem das Zurverfügungstellen eines Ortes für Prostitution eine Straftat ist. Laut GesprächspartnerInnen, die der Sonderbeauftragte während seines Besuchs im Land traf, werde Paragraph 254 häufig anstelle der Bestimmungen bezüglich Menschenhandel herangezogen, um Täter zu bestrafen.

Weiters thematisiert der Sonderbeauftragte die Paragraphen 143¹ (Menschenhandel) und 143² (Kinderhandel) des Strafgesetzbuchs, bei denen gemäß einer Erläuterung zum Gesetz eine Zustimmung irrelevant ist. Eine Reihe von GesprächspartnerInnen drückte jedoch Besorgnis darüber aus, dass Fälle von Menschenhandel nicht identifiziert würden und in diesen Fällen

nicht weiter ermittelt werde, weil die Auffassung bestehe, dass insbesondere Frauen, die sich prostituieren, ihrer Situation und Ausbeutung zugestimmt hätten (OSZE, 6. Mai 2020, S. 5).

1.3.2 Opferidentifizierung

Laut dem USDOS verstärkte die Regierung ihre Schutzbemühungen und identifizierte im Beobachtungszeitraum (April 2019 bis März 2020) dreißig Opfer von Menschenhandel (im Vergleich zu fünf Opfern 2018). Von diesen waren 24 Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Alle dreißig identifizierten Opfer waren laut dem USDOS Kinder.

Laut Angaben des USDOS werden weiterhin Richtlinien zur Identifizierung von Opfern herangezogen. Ein multidisziplinärer nationaler Überweisungsmechanismus („national referral mechanism“) gibt Standardarbeitsanweisungen bei der offiziellen Identifizierung und Überweisung von Opfern von Menschenhandel an die entsprechenden Dienste vor. Eine offizielle Anerkennung von Opfern, die an den Ermittlungen teilnehmen, erfolgt durch die Strafverfolgungsbehörden. Opfer, die sich weigern, an den Ermittlungen teilzunehmen, werden von einer sogenannten Ständigen Gruppe („Permanent Group“), die aus fünf VertreterInnen von NGOs und internationalen Organisationen besteht, beurteilt und offiziell anerkannt. Beide Arten der Anerkennung bieten denselben Schutz und dieselbe Unterstützung für die Opfer. Im Beobachtungszeitraum erkannten die Strafverfolgungsbehörden alle dreißig identifizierten Opfer offiziell an. (USDOS, 25. Juni 2020, vergleiche auch OSZE, 6. Mai 2020, S. 9)

Während die Regierung Verbesserungen bezüglich der Vorgehensweise der ständigen Gruppe vornahm, berichteten Experten laut dem USDOS, dass das Verfahren zur Erlangung des offiziellen Opferstatus durch die Ständige Gruppe zunehmend schwierig sei (USDOS, 25. Juni 2020).

Der Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels der OSZE zeigt sich in einem Bericht vom Mai 2020 besorgt über die niedrige Identifizierungsrate der Opfer von Menschenhandel, insbesondere über die Tatsache, dass die Anzahl der von der Ständigen Gruppe identifizierten Opfer in den letzten Jahren beträchtlich zurückgegangen ist. Darüber hinaus sind laut dem Sonderbeauftragten die Zahlen der letzten Jahre im Vergleich zu den globalen Schätzungen bezüglich der Opfer und dem Ausmaß der mit Menschenhandel verbundenen Risiken sehr gering. Eine derart niedrige Anzahl spiegelt laut dem Bericht einen Mangel an proaktiven Maßnahmen zur Identifizierung von Menschenhandelsopfern, auch im Internet, wider. Das Vorgehen bei der Identifizierung, wie es von der Ständigen Gruppe und den Strafverfolgungsbehörden gehandhabt wird, ist stark von der Selbstidentifizierung der Opfer oder von Informationen Dritter abhängig, so der Sonderbeauftragte (OSZE, 6. Mai 2020, S. 10).

1.3.3 Schutzeinrichtungen

Der Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels der OSZE erläutert in seinem Bericht vom Mai 2020, dass Georgien für die Unterstützung und den Schutz von Menschenhandelsopfern 2006 den Staatlichen Fonds für Schutz und Unterstützung von Opfern des Menschenhandels eingerichtet hat. Die Hauptaufgaben des Fonds bestehen in der Bereitstellung von Unterkünften, rechtlicher, psychologischer und medizinischer Hilfe sowie von Rehabilitations- und Wiedereingliederungsmaßnahmen für Opfer des Menschenhandels. Für einen gewissen Zeitraum kann Hilfe vom Fonds ohne offizielle Identifizierung als Opfer erhalten werden. Wenn die von Menschenhandel betroffene Person jedoch längerfristige Hilfe

und Unterkunft benötigt und wünscht, dann ist ein offizieller Opferstatus erforderlich. 2006 eröffnete der Staatsfonds zwei Schutzhäuser in Tiflis und Batumi und richtete eine Hotline ein. Die Opfer können drei Monate in der Unterkunft bleiben, was je nach Fall auf neun Monate verlängert werden kann. Der Fonds hat auch die Aufgabe, sich mit häuslicher Gewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt zu befassen, und betreibt fünf Schutzhäuser und fünf Krisenzentren. Opfer von Menschenhandel können in den Häusern in Tiflis und Batumi untergebracht werden, während die anderen Unterkünfte für Gewaltopfer zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang stellt der Sonderbeauftragte fest, dass die Unterkünfte nur jene Opfer aufnehmen, die vom Fonds oder von den Strafverfolgungsbehörden an sie verwiesen werden, Selbstüberweisungen können im Krisenzentrum Tiflis für die Dauer von 12 Tagen untergebracht werden, während der der Fall zur Prüfung an die Ständige Gruppe weitergeleitet wird (OSZE, 6. Mai 2020, S. 10).

Das USDOS erläutert, dass von der Regierung betriebene Krisenzentren in fünf Städten sowie NGOs psychologische Erstversorgung, medizinische Hilfe, rechtliche Unterstützung sowie vorübergehende Unterkünfte für potenzielle Opfer von Menschenhandel, die auf den offiziellen Opferstatus warteten, anbieten. Wie auch vom Sonderbeauftragten der OSZE angegeben verweist das USDOS darauf, dass die Regierung zusätzlich zwei Schutzhäuser für Menschenhandelsopfer in Tiflis und Batumi sowie weitere betreibt wie auch weitere Opferhilfe-Programme. Opfern von Menschenhandel wird medizinische Hilfe, psychologische Betreuung, Rechtsbeistand, Kinderbetreuungsdienste, Reintegrationshilfe und eine einmalige Zahlung von 1.000 Lari (265 Euro mit Stand 17. September 2020) zur Verfügung gestellt. Opfern, die noch Kinder sind, wird die gleich Unterstützung speziell für Minderjährige in staatlicher Obhut gewährt zusätzlich zu Programmen für Betreuung („custodial care“), Bildung und Wiedereingliederung in die Familie. Die von der Regierung betriebenen Häuser, in denen eine Krankenschwester und ein Psychologe vor Ort sind, bieten getrennte Abteilungen für Männer, Frauen und Kinder an. (USDOS, 25. Juni 2020)

Ausführliche Informationen zum staatlichen Fonds für Schutz und Unterstützung von Opfern des Menschenhandels (ATIPfund), zu Schutz und Unterstützung für Opfer von Menschenhandel durch den ATIPfund sowie zum nationalen Überweisungsmechanismus finden Sie in folgendem Dokument aus dem Jahr 2018:

- ATIPfund - State Fund for Protection and Assistance of (Statutory) Victims of Human Trafficking: Protection and Assistance of the Victims, National Referral Mechanism, 2018
<https://www.gegenmenschhandel.at/wp-content/uploads/2019/02/ENG-Vienna-trafficking-presentation-2018.pdf>

Die englische Website des ATIPfund finden Sie unter folgendem Link:

- ATIPfund - State Fund for Protection and Assistance of (Statutory) Victims of Human Trafficking: LEPL Agency For State Care And Assistance For the (Statutory) Victims of Human trafficking, ohne Datum
<http://atipfund.gov.ge/eng>

Zu Schutzmöglichkeiten seitens nichtstaatlicher Organisationen konnten keine außer den oben erwähnten Informationen gefunden werden.

Qetevan Tchelidze von der NGO Center for Information and Counseling on Reproductive Health TANADGOMA schrieb in einer E-Mail-Auskunft vom 17. September 2020, dass Schutz für Opfer von Menschenhandel in Georgien vom Staat zur Verfügung gestellt werde. 2006 sei ein nationaler Überweisungsmechanismus eingerichtet worden. Dieser beinhalte die Komponenten Identifizierung, Schutz des Opfers und Rehabilitation. Zusätzlich zum Staat würde einige Dienste von NGOs angeboten. So würde etwa die georgische NGO Young Lawyers' Association rechtliche Unterstützung für Opfer anbieten, Unterkünfte für weibliche Opfer würden von der NGO Anti-Violence Network of Georgia angeboten. (Tchelidze, 17. September 2020)

Zu dieser Fragestellung wurden weitere Organisationen in Georgien kontaktiert. Leider haben wir bisher keine Antwort erhalten. Sobald eine Antwort bei uns einlangt, werden wir diese unverzüglich an Sie weiterleiten.

1.3.4 Handeln der Polizei, Anzeigen bei der Polizei

OSGF und GYLA berichten im Juli 2018 auch über Gewalt durch die Polizei gegenüber SexarbeiterInnen. Laut dem Bericht gaben SexarbeiterInnen in Tiflis, Batumi, Sugdidi und Kutaisi an, sie selbst oder ihnen bekannte SexarbeiterInnen würden regelmäßig Opfer von körperlicher, seelischer, sexueller Gewalt oder Nötigung („coercion“) durch die Polizei. Laut dem Bericht stellte sich das Verhängen von administrativen Strafen für Prostitution gegenüber SexarbeiterInnen und das Verhängen von Strafen wegen Nichtbefolgens von Anweisungen der Polizei, wenn Prostitution nicht bestätigt werden konnte, als bedenklich heraus. Die SexarbeiterInnen gaben an, dass sie häufiger Geldstrafen wegen des Nichtbefolgens von Anweisungen der Polizei als wegen Prostitution erhalten hätten, allerdings ist die Strafe viel höher als für Prostitution, weshalb sie die SexarbeiterInnen meistens nicht bezahlen konnten. Als besonders besorgniserregend stellte sich laut dem Bericht die Nötigung von SexarbeiterInnen durch die Polizei zur unentgeltlichen Erbringung von Sexdienstleistungen heraus. Da die Polizeibeamten gegenüber SexarbeiterInnen administrative Strafen verhängen oder sie nötigen, sind die SexarbeiterInnen gezwungen, ihnen Sexdienstleistungen anzubieten, so der Bericht weiter. Das Nötigen von SexarbeiterInnen kommt vor allem dann vor, wenn die Polizisten Alkohol konsumiert haben. SexarbeiterInnen, die mit der Polizei kooperieren und Klienten Drogen unterschieben, damit sie wegen falscher Verbrechen angeklagt werden können, sind in Sicherheit und werden von der Polizei geschützt, so OSGF und GYLA.

In Bezug auf Gewalt durch Klienten und die Reaktion der Polizei darauf hält der Bericht fest, dass SexarbeiterInnen angaben, häufig körperlicher, seelischer, sexueller, oder wirtschaftlicher Gewalt, Nötigung, Erpressung und Stalking durch Klienten ausgesetzt zu sein. Schutzmechanismen für diese Arten der Gewalt sind nicht zugänglich oder nicht effektiv und die Klienten handeln in der Überzeugung, dass sie für diese Art von Taten nicht zur Verantwortung gezogen werden. Anzeigen von SexarbeiterInnen bei der Polizei wegen Gewalt (was besonders selten vorkommt) ziehen keine Reaktion nach sich oder es werden Sanktionen gegen die Täter verhängt, die weitgehend unangemessen sind. Daher entsteht der Eindruck, so der Bericht, dass das Handeln der Polizei diskriminierend ist und die PolizistInnen gegenüber SexarbeiterInnen verübte Straftaten nicht als Straftaten von hinreichender Schwere erachten. Die Rate der Anzeigen von SexarbeiterInnen bei der Polizei ist extrem gering, so der Bericht, da

SexarbeiterInnen kein Vertrauen zu den Strafverfolgungsbehörden haben und befürchten, dass ihr Status offengelegt wird. Der Grund dafür ist einerseits, dass PolizistInnen in den meisten Fällen die Täter gegenüber SexarbeiterInnen sind, anstatt ihre Rechte zu schützen. Andererseits basiert das Misstrauen auf früheren negativen Erfahrungen anderer SexarbeiterInnen in Bezug auf Versäumnisse bei der Untersuchung von Straftaten (darunter auch Straftaten, die keine Beziehung zur Prostitution haben). SexarbeiterInnen zögern auch, sich an die Polizei zu wenden, wenn die Möglichkeit besteht, Straftaten im Zusammenhang mit Prostitution aufzudecken, die ihnen selbst zum Nachteil gereichen könnten (z.B. Anklage gegen eine Person, von der eine Sexarbeiterin eine Unterkunft mietet). Die SexarbeiterInnen gaben an, dass sie sich in Fällen von Gewalt durch KlientInnen oder potenziellen KlientInnen überwiegend nicht an die Polizei gewandt hätten, außer in Fälle, in denen sie Schutz durch die Polizei genossen hätten als Gegenleistung für z.B. die Zusammenarbeit mit PolizeibeamtInnen bei illegalen Handlungen oder für die kostenlose Bereitstellung von Sexdienstleistungen. Die Sexarbeiterinnen erklärten, dass sie sich nur dann an die Polizei wenden würden, wenn die Klienten körperliche Gewalt gegen sie anwenden würden, nicht bei seelischer Gewalt und Belästigung. Auch wenn körperliche Gewalt eine Straftat ist, besteht die einzige Maßnahme der Polizei darin, den Täter von der Sexarbeiterin zu isolieren, so der Bericht weiter, die Täter werden in diesen Fällen nicht vor Gericht gestellt. Die Sexarbeiterinnen stellten auch fest, dass selbst dann, wenn ein Verbrechen, das gegen sie begangen wurde, in keinem Zusammenhang mit Sexarbeit steht, das Vorgehen der Polizei immer noch diskriminierend sei. Die Polizei reagiert aufgrund des Status des Opfers nachlässig auf diese Fälle. Die SexarbeiterInnen konnten sich an keine Fälle erinnern, in denen ein Täter wegen der gegen sie begangenen Gewalt vor Gericht gestellt worden ist, außer bei extremen Formen der Gewalt wie z.B. Mord (OSGF/GYLA, 4. Juli 2018, S. 26-27).

Ein im November 2019 veröffentlichter Bericht der schwedischen Migrationsbehörde Migrationsverket³ zur Lage von LGBTQ-Personen in Georgien, basierend auf Fact-Finding-Missionen in den Jahren 2017 und 2019, gibt an, dass LGBTQ-Personen, die sich prostituieren, eine besonders gefährdete Gruppe sind. Nach Angaben der Ombudsperson aus dem Jahr 2019 genießen sie keinen wirksamen Schutz durch die Polizei. Die Ombudsperson gab an, über Informationen zu drei bis vier Fällen zu verfügen, in denen Prostituierte, die geschlagen wurden, die Polizei gerufen hätten, letztere aber darauf nicht reagiert habe. Darüber hinaus gab die Ombudsperson an, dass es Fälle gegeben habe, in denen Polizisten sich LGBTQ-Prostituierten gegenüber demütigend geäußert hätten und sie in manchen Fällen sogar misshandelt hätten. (Migrationsverket, 14. November 2019, S. 13)

³ Bitte beachten Sie, dass die in dieser Anfragebeantwortung enthaltene Übersetzung aus dem Schwedischen unter Verwendung von technischen Übersetzungshilfen erstellt wurden. Es besteht daher ein erhöhtes Risiko, dass diese Arbeitsübersetzung Ungenauigkeiten enthält.

2 Sexuelle Ausbeutung von Kindern

2.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Wie oben erläutert ist Prostitution in Georgien kein Straftatbestand, sondern eine Verwaltungsübertretung. Daraus folgt, dass niemand, egal welchen Alters, wegen Prostitution strafrechtlich verfolgt werden kann.

Paragraph 253 Absatz 2 des georgischen Strafgesetzbuches kriminalisiert das Zuführen einer minderjährigen Person zur Prostitution („the involvement of a minor in prostitution“) durch Gewalt, die Androhung von Gewalt oder Zerstörung von Eigentum, Erpressung oder Täuschung. Diese Tat wird mit sieben Jahren Haft bestraft (CoE-ECSR, März 2020, S. 16). Das georgische Strafgesetzbuch wurde 2016 novelliert, um den Akt des Zuführens einer Person zur Prostitution als Form der Ausbeutung im Abschnitt zu Menschenhandel aufzuführen (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 9).

Die sexuell motivierte Kontaktaufnahme mit Kindern („solicitation of children (grooming)“) zwischen 16 und 18 Jahren ist jedoch nicht kriminalisiert (CRC, 30. Oktober 2019, S. 5). Paragraph 140 des Strafgesetzbuches verbietet wissentlichen Geschlechtsverkehr eines Erwachsenen mit einer Person, die das Alter von 16 Jahren noch nicht erreicht hat (Criminal Code of Georgia, September 2019, Paragraph 140). Dies sorgt allerdings für eine rechtliche Lücke in Bezug auf den Schutz von Kindern im Alter zwischen 16 und 18 Jahren (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 9).

Paragraph 143² des georgischen Strafgesetzbuches kriminalisiert den Kinderhandel, der mit einer Gefängnisstrafe von acht bis zwölf Jahren geahndet wird. Unter erschwerenden Umständen beträgt die Strafe bei Kinderhandel elf bis zwanzig Jahre Haft (OSZE, 6. Mai 2020, S. 4)

IOM Georgien schreibt in einem im Februar 2020 veröffentlichten Bericht zur Ausbeutung von Kindern im Land (Bettelei, sexuelle Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskraft), dass die meisten Gesprächspartner, die IOM im Rahmen seiner Untersuchungen zwischen März und Mai 2019 gesprochen hat, der Meinung waren, dass die erforderlichen Gesetze zur Bekämpfung der Ausbeutung von Kindern weitgehend vorhanden seien. Der Begriff „Ausbeutung“ ist in Paragraph 143¹ des Strafgesetzbuchs klar definiert und stimmt weitgehend mit internationalen Standards überein. Auch das Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels spezifiziert den Ausdruck „Ausbeutung“ und legt die Funktionen aller staatlichen Stellen fest, deren Aufgabe es ist, zur Bekämpfung des Menschenhandels beizutragen. Es besteht laut Einschätzung der Quelle jedoch allgemeiner Konsens darüber, dass mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Umsetzung dieser Gesetze zu verbessern (IOM, Februar 2020, S. 2).

ECPAT International und PHF weisen darauf hin, dass die Novellierung des Strafgesetzbuchs von 2016, die das Zuführen einer Person zur Prostitution als Form der Ausbeutung im Abschnitt zu Menschenhandel aufführt, als Bemühen angesehen wird, den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung zu kriminalisieren. Das Zuführen einer minderjährigen Person zur Prostitution, jedoch nicht im Kontext von Menschenhandel, ist laut dem Bericht aber immer noch nicht so umfassend definiert, wie es das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie vorsieht (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 9).

Der UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes (UN Committee on the Rights of the Child, CRC) zeigt sich in seinen im Oktober 2019 veröffentlichten Schlussbemerkungen zum Staatenbericht über die Umsetzung des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie besorgt über das Fehlen eines Rechtsrahmens zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Reise- und Tourismusbereich und zur Regulierung der privatwirtschaftlichen Akteure in der Tourismusbranche. Er ist auch besorgt über das Fehlen von Richtlinien in Hotels oder Reisebüros zur Verhinderung der sexuellen Ausbeutung von Kindern (CRC, 30. Oktober 2019, S. 4).

2.2 Ausmaß

Im Bericht der UNO-Sonderberichterstatterin über den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie vom Dezember 2016 wurde erwähnt, dass es in Georgien viele Fälle sexueller Ausbeutung von Kindern und von Gewalt gegen sie gab (HRC, 21. Dezember 2016, S. 4). Die Sonderberichterstatterin hielt jedoch besorgt fest, dass es keine vollständigen und verlässlichen Daten zum Ausmaß und zu den verschiedenen Formen des sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern in Georgien gab. Die vom Staat zu Verfügung gestellten Informationen waren laut Angaben der Sonderberichterstatterin bruchstück- und anekdotenhaft, zeigten aber, dass das Ausmaß größer als die offiziell registrierten Zahlen war (HRC, 21. Dezember 2016, S. 6).

ECPAT International und die Public Health Foundation of Georgia (PHF) schreiben im November 2018, dass vereinzelte Angaben von SozialarbeiterInnen, AnbieterInnen von Dienstleistungen und NGOs in Georgien nahelegen, dass die Ausbeutung von Kindern in der Prostitution in Georgien ein wichtiges Thema ist. Offenbar sind Kinder von Binnenvertriebenen, Straßenkinder in Tiflis (insbesondere aus Minderheiten-Gemeinschaften) und Kinder in extremer Armut am anfälligsten für diese Art der Ausbeutung. Es gibt Hinweise für die besondere Anfälligkeit von Mädchen, die auf der Straße leben. Die Prostitution von Kindern wird laut dem Bericht durch interne Gruppendynamiken unter Straßenkindern sowie das hohe Vorkommen und die breite Akzeptanz von Gewalt in der Gesellschaft begünstigt (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 5). Das USDOS erwähnt in seinem Jahresbericht zu Menschenhandel vom Juni 2020, dass MenschenhändlerInnen auch Mädchen aus Georgien unter anderem innerhalb des Landes sexuell ausbeuten (USDOS, 25. Juni 2020). IOM Georgien schreibt im Februar 2020, dass sich in den letzten Jahren mehrere Ermittlungen seitens der Polizei auf Fälle von Ausbeutung von Minderjährigen unter anderem in der Prostitution konzentriert haben. So wurden beispielsweise im Jänner 2020 drei Personen wegen der Ausbeutung einer Fünfzehnjährigen im Rahmen von Zwangsprostitution verhaftet. NGOs, die von IOM interviewt wurden, behaupteten, dass es mehr Fälle sexueller Ausbeutung gebe, in denen nicht ermittelt werde und die der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt würden. Das könnte beispielsweise Fälle betreffen, in denen Mädchen von Familienmitgliedern oder Verwandten gezwungen werden, mit Männern für Geld Geschlechtsverkehr zu haben. NGOs gaben auch an, sie wüssten regelmäßigen von Fällen, in denen minderjährigen Mädchen in der Straßenprostitution oder als Escort- und Unterhaltungsmädchen in Nachtclubs in größeren städtischen Gebieten eingesetzt würden, insbesondere in der Sommersaison (IOM, Februar 2020, S. 3). Der Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels der OSZE gibt in einem Bericht vom Mai 2020 an, dass es weder grundlegende Daten über den Kinderhandel

in Georgien gibt noch von staatlichen Stellen bereitgestellte Statistiken, die das Ausmaß des Problems widerspiegeln. Berichten zufolge werden Kinder aber zu verschiedenen ausbeuterischen Zwecken Opfer von Menschenhandel. Der Sonderbeauftragte verweist auf eine 2018 veröffentlichte Umfrage von UNICEF, der zufolge jedes fünfte Kind in Georgien in einem Haushalt lebt, in dem die Grundbedürfnisse der Haushaltsmitglieder nicht gedeckt sind. Diese Kinder werden nicht nur von ihren Eltern ausgebeutet, die sie zum Betteln auf der Straße schicken, sondern sind auch einem hohen Risiko ausgesetzt, durch andere Straßenkinder, Betreuer und andere Erwachsene Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, darunter auch Prostitution, zu werden. Allerdings gibt hierzu es keine Prävalenz-Schätzungen, so der Sonderbeauftragte. (OSZE, 6. Mai 2020, S. 7-8)

2.3 Staatlicher Schutz

2.3.1 Strafverfolgung

Die UNO-Sonderberichterstatterin über den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie hielt im Dezember 2016 fest, dass in Georgien in nur wenigen Fällen des Verkaufs, der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern und dem damit in Zusammenhang stehenden Kinderhandel Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen eingeleitet sowie Strafen verhängt wurden (HRC, 21. Dezember 2016, S. 4). Laut der Sonderberichterstatterin wurden von 2010 bis 2016 keine Ermittlungen wegen Zuführens einer minderjährigen Person zur Prostitution (Paragraph 253 des Strafgesetzbuchs) eingeleitet. Während die Anzahl der eingeleiteten Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen wegen sexueller Ausbeutung von Kindern sehr gering war, war die Anzahl der Ermittlungen bezüglich sexueller Missbrauchs von Kindern und Gewalt gegen sie sehr hoch. Zwischen 2010 und Juni 2016 wurden 913 Ermittlungen eingeleitet und 516 Kinder als Opfer von sexuellem Missbrauch und Gewalt identifiziert. Die Sonderberichterstatterin würdigte die Bemühungen der georgischen Regierung bei der Bekämpfung des Menschenhandels, bedauerte aber die geringe Anzahl strafrechtlicher Verfolgungen und Verurteilungen im Bereich Kinderhandel. Zwischen 2010 und August 2016 wurden Ermittlungen in zwölf Fällen von Menschenhandel in Verbindung mit dem Verkauf sowie der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern eingeleitet. Im selben Zeitraum wurden fünf Personen wegen sexueller Ausbeutung von Kindern und drei wegen des Verkaufs von Kindern verurteilt (HRC, 21. Dezember 2016, S. 6-7).

Das Europäische Komitee für Soziale Rechte führt im März 2020 an, dass laut Angaben des georgischen Staatenberichts zwischen 2014 und 2017 in zwei Fällen Ermittlungen wegen sexueller Ausbeutung von Kindern eingeleitet wurden. Ein Täter wurde strafrechtlich verfolgt, drei weitere Täter wurden verurteilt. Ein Opfer erhielt in diesem Zeitraum Opferstatus und bekam alle nötigen Dienste zur Verfügung gestellt (CoE-ECSR, März 2020, S. 16).

Das USDOS schreibt in seinem Jahresbericht zu Menschenhandel vom Juni 2020, dass 29 Personen in Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Menschenhandels im Beobachtungszeitraum strafrechtlich verfolgt wurden, davon 26 wegen Menschenhandels von Kindern zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (USDOS, 25. Juni 2020).

2.3.2 Opferidentifizierung und Schutzeinrichtungen

Der Bericht von ECPAT International und PHF vom November 2018 hält fest, dass es wenige verfügbare Daten zur Anzahl von Kindern, die Opfer sexueller Ausbeutung wurden, gibt. Diese fehlenden Daten stehen laut dem Bericht in einem direkten Zusammenhang mit fehlenden Mechanismen zur Identifizierung von Opfern (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 5).

Laut dem USDOS verstärkte die Regierung ihre Schutzbemühungen und identifizierte im Beobachtungszeitraum (April 2019 bis März 2020) 30 Opfer von Menschenhandel (im Gegensatz zu fünf Opfern 2018). Von diesen waren 24 Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Alle dreißig identifizierten Opfer waren laut dem USDOS Kinder (USDOS, 25. Juni 2020).

Die georgische Ombudsperson erwähnt in einem Bericht vom Februar 2019 Probleme bei der rechtzeitigen Identifizierung und Verhinderung von Taten gegen die sexuelle Freiheit und Unverletzlichkeit von Kindern sowie bei der Bereitstellung wirksamer Rehabilitationsleistungen für Kinder, die Opfer von Gewalt wurden. Als besonders problematisch sah die Ombudsperson die unsachgemäße Durchführung psychosozialer Rehabilitationsmaßnahmen bei Kindern, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, und Verzögerungen bei ihrer rechtzeitigen Integration in den Bildungsraum an. Laut der Ombudsperson mangelt es in Georgien an einem wirksamen nationalen System zur Rehabilitation und Unterstützung von Kindern, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, sowie an relevanten Unterstützungsmechanismen, deren Ausbau im Menschenrechts-Aktionsplan der Regierung für die Jahre 2018-2020 vorgesehen ist. Fälle, die die Ombudsperson untersucht hat, zeigen, dass die Identifizierung mutmaßlicher Fakten sexueller Gewalt und die rechtzeitige Bereitstellung psychologischer und sozialer Dienste für die Opfer nach wie vor ein Problem darstellen. Ein weiteres schwerwiegendes Problem ist laut der Ombudsperson das Versäumnis des Staates, einen wirksamen Mechanismus zur Identifizierung und zur Reaktion auf mutmaßliche Fälle der Verwicklung von Minderjährigen in Prostitution und Menschenhandel einzurichten (Public Defender of Georgia, Februar 2019, S. 4).

Für weitere Informationen zur Opferidentifizierung siehe auch den gleichlautenden Abschnitt unter dem Punkt Prostitution/Zwangsprostitution. Informationen zu Schutzeinrichtungen entnehmen Sie bitte dem gleichlautenden Abschnitt unter dem Punkt Prostitution/Zwangsprostitution.

Zu Schutzgewährung bei einflussreichen Tätern bzw. der Verweigerung von Schutz sowie zur Verfolgung von Opfern nach einer Rückkehr durch private und staatliche Akteure konnten keine Informationen gefunden werden.

Qetevan Tchelidze von TANADGOMA schrieb in einer E-Mail-Auskunft vom 17. September 2020, dass die Organisation keine Informationen über die Beteiligung einflussreicher Personen am Menschenhandel in Georgien. Der Schutz von Opfern werde vom Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels sichergestellt. Der Opferstatus könne von den Strafverfolgungsbehörden oder der Ständigen Gruppe verliehen werden, wobei die Opfer bei der Ständigen Gruppe nicht mit dem Behörden kooperieren müssten. Die Ständige Gruppe bestehe auf fünf Mitgliedern, die VertreterInnen internationaler und nationaler NGOs im

Bereich Menschenhandel seien. TANADGOMA sei mit einer Person in der Ständigen Gruppe vertreten. Laut Informationen dieser Person habe niemand je versucht, Entscheidungen der Ständigen Gruppe von außen zu beeinflussen. Es habe keinen Fall gegeben, in dem einem Opfer von Menschenhandel Schutz verweigert worden sei.

Man habe auch keine Informationen über Fälle, in denen Opfer von Zwangsprostitution/Menschenhandel nach ihrer Rückkehr nach Georgien verfolgt oder bedroht worden seien. (Tchelidze, 17. September 2020)

Mit diesen Fragestellungen wurden weitere Organisationen in Georgien kontaktiert. Leider haben wir bisher keine Antwort erhalten. Sobald eine Antwort bei uns einlangt, werden wir diese unverzüglich an Sie weiterleiten.

Quellenverzeichnis (Zugriff auf alle Quellen am 18. September 2020)

- Administrative Offences Code of Georgia, Dezember 2017 (veröffentlicht von Legislative Herald of Georgia)
<https://matsne.gov.ge/en/document/view/28216?publication=381>
- ATIPfund - State Fund for Protection and Assistance of (Statutory) Victims of Human Trafficking: Protection and Assistance of the Victims, National Referral Mechanism, 2018
<https://www.gegenmenschenhandel.at/wp-content/uploads/2019/02/ENG-Vienna-trafficking-presentation-2018.pdf>
- ATIPfund - State Fund for Protection and Assistance of (Statutory) Victims of Human Trafficking: LEPL Agency For State Care And Assistance For the (Statutory) Victims of Human trafficking, ohne Datum
<http://atipfund.gov.ge/eng>
- Chai Khana: The life I lead, 25 September 2019
<https://chai-khana.org/en/story/883/the-life-i-lead>
- CoE-ECSR – Council of Europe - European Committee of Social Rights: European Committee of Social Rights Conclusions 2019; Georgia, März 2020
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2027367/Rapport.GEO.EN.pdf.pdf>
- CRC – UN Committee on the Rights of the Child: Concluding observations on the report submitted by Georgia under article 12 (1) of the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the sale of children, child prostitution and child pornography [CRC/C/OPSC/GEO/CO/1], 30. Oktober 2019
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2018759/G1931554.pdf>
- Criminal Code of Georgia, September 2019 (veröffentlicht von Legislative Herald of Georgia)
<https://matsne.gov.ge/en/document/view/16426?publication=209>
- ECPAT International/PHF - ECPAT International/Public Health Foundation of Georgia: Supplementary report to the first report of the Georgian Government on the implementation of Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the sale of children, child prostitution, and child pornography, 1. November 2018
https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CRC-OP-SC/Shared_Documents/GEO/INT_CRC-OP-SC_NGO_GEO_33154_E.pdf

- Government of Georgia: Fifth periodic report submitted by Georgia under article 40 of the Covenant, due in 2019 [14 February 2020] [CCPR/C/GEO/5], 28. April 2020
<http://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2fPPRiCAqhKb7yhstNBq%2bgKf4e%2fR1Jt%2fY5Toy8pPe6YXqWK7dViyGSiF7OwtyUafGksKQoInshOEoPNNI%2fOTMdEGE10tI17u%2bGcUqbcgbt5DI%2bjFPAVxk0Zlxfi>
- HRC – UN Human Rights Council: Report of the Special Rapporteur on the sale of children, child prostitution and child pornography on her visit to Georgia [A/HRC/34/55/Add.1], 21. Dezember 2016
https://www.ecoi.net/en/file/local/1393685/1930_1486642208_g1643757.pdf
- IOM – International Organisation for Migration: Child Exploitation in Georgia – Summary Report, Februar 2020
https://georgia.iom.int/sites/default/files/publication/Child-exploitation-report-Georgia_Summary-April%202020_FINAL.pdf
- Migrationsverket – Schwedische Einwanderungsbehörde: Georgien - situationen för hbtq-personer, 14. November 2019
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2020149/191114300.pdf>
- OSGF/GYLA - Open Society Georgia Foundation/Georgian Young Lawyers' Association: Gender-based Violence Against Sex Workers And Barriers To Accessing Justice, 4. Juli 2018
<https://osgf.ge/wp-content/uploads/2018/07/eng.pdf>
- OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Report by the OSCE Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings following the country visit to Georgia 17-19 June 2019, 6. Mai 2020
<https://www.osce.org/files/f/documents/8/5/451561.pdf>
- Public Defender of Georgia: Report to the Committee on the Rights of the Child on the occasion of the consideration of the Government Report submitted by Georgia under article 12 (1) of the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography; Report submitted to the 82 Pre-Sessional Working Group, Februar 2019
https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CRC-OP-SC/Shared_Documents/GEO/INT_CRC-OP-SC_IFN_GEO_35892_E.docx
- Tchelidze, Qetevan: E-Mail-Auskunft, 17. September 2020
- USDOS – US Department of State: 2020 Trafficking in Persons Report: Georgia, 25. Juni 2020
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2036271.html>

Anhang: Quellenbeschreibungen, Ausschnitte mit Informationen aus ausgewählten Quellen

Chai Khana ist eine von Frauen geführte regionale Medienplattform, die sich insbesondere den Themen Frauen, ländliche Gemeinschaften, Minderheiten und von Konflikt betroffenen Gruppen im Südkaukasus widmet.

- Chai Khana: The life I lead, 25 September 2019
<https://chai-khana.org/en/story/883/the-life-i-lead>

„Between the capital's central station and the circus, there are places where a 'sexual contract' is made and a body is traded for cash. Commercial sex is not legal in Georgia but has become widespread, according to a 2014 study by the international foundation Curatsio and the Tanadgoma Center for Information and Counseling on Reproductive Health. In Georgia, commercial sex work – otherwise known as prostitution – is closely linked to the poverty and general unrest in the 1990s and early 2000s. While it provides women with a way to support themselves, sex work is the subject of stigma and discrimination.“ (Chai Khana, 25 September 2019)

- CoE-ECSR – Council of Europe - European Committee of Social Rights: European Committee of Social Rights Conclusions 2019; Georgia, März 2020
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2027367/Rapport.GEO.EN.pdf.pdf>

„Protection against sexual exploitation

In its previous conclusion (Conclusions 2015), the Committee asked whether legislation permitted the prosecution of children involved in prostitution not linked to trafficking.

According to the report prostitutions is an administrative offence, not a criminal offence. Therefore no one, regardless of age, can be prosecuted for prostitution, whether or not it is related to trafficking. Article 253(2)(b) of the Criminal Code criminalises the involvement of a minor in prostitution through violence, the threat of violence or of destruction of property, blackmail or deception. The sanction is imprisonment for five to seven years. [...]

The Committee requested in its previous conclusion information on the number of cases of sexual exploitation of children, identification of victims and prosecution of perpetrators.

According to the report, between 2014 and 2017, investigations concerning the sexual exploitation of children were opened in 2 cases, 1 perpetrator was prosecuted and 3 convicted, 1 child was granted victim status and provided with all necessary services.“ (CoE-ECSR, März 2020, S. 16)

- CRC – UN Committee on the Rights of the Child: Concluding observations on the report submitted by Georgia under article 12 (1) of the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the sale of children, child prostitution and child pornography [CRC/C/OPSC/GEO/CO/1], 30. Oktober 2019
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2018759/G1931554.pdf>

„The Committee remains concerned about the lack of a legal framework to protect children from sexual exploitation in travel and tourism and to regulate private sector operators in

the tourism industry. It is also concerned about the lack of policies in hotels or travel agencies to prevent sexual exploitation of children.” (CRC, 30. Oktober 2019, S. 4)

„The Committee notes the information provided by the State party on the criminalization of some of the offences under the Optional Protocol. However, it is concerned that not all offences under the Optional Protocol are reflected in the criminal legislation of the State party in a way that allows the uniform interpretation and application of that legislation. In particular it is concerned that: [...]

(d) The solicitation of children between 16 and 18 years of age for sexual purposes (grooming) is not criminalized.“ (CRC, 30. Oktober 2019, S. 5)

ECPAT International ist laut eigenen Angaben ein globales Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für die Eliminierung aller Formen der sexuellen Ausbeutung von Kindern einsetzen. (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 2) Die Public Health Foundation of Georgia ist laut eigenen Angaben eine 1998 gegründete Gruppe von KinderärztInnen, die sich für einen würdevollen Umgang mit Kindern und deren Schutz vor missbräuchlicher Behandlung einsetzen. (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 2)

- ECPAT International/PHF - ECPAT International/Public Health Foundation of Georgia: Supplementary report to the first report of the Georgian Government on the implementation of Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the sale of children, child prostitution, and child pornography, 1. November 2018
https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CRC-OP-SC/Shared_Documents/GEO/INT_CRC-OP-SC_NGO_GEO_33154_E.pdf

„Anecdotal data from caseworkers, service providers and NGOs working in Georgia suggest that exploitation of children in prostitution is a significant issue in Georgia, and it appears that IDP’s children, children living on the streets of Tbilisi (particularly children from minority communities (e.g. Roma, Azeri-Kurds)), and children living in extreme poverty, are the most vulnerable to this form of exploitation. Evidence also highlights the particular vulnerability of girls in the streets. Prostitution is favoured by internal group dynamics among street-connect children, and high prevalence and broad societal acceptance of violence. Despite recent legislative changes, between 2010 and August 2016, only three people were convicted for the sale of children and five for child sexual exploitation. There is in addition little available data on the number of child victims of exploitation in prostitution. The absence of information is directly related to the lack of identification mechanisms.“ (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 5)

„Exploitation of children in prostitution - The exploitation of children in prostitution is punishable by law in Georgia. [...] Article 140 forbids any sexual intercourse including ‘homosexual or lesbian [...] committed by an adult against a person who has not attained the age of 16.’ This leaves a legal gap in the protection of children between the ages of 16 and 18. [...] Furthermore, the code was amended in 2016 to include the act of engaging a person in prostitution as a form of exploitation, in the section on human trafficking. Although the amendment is seen as an effort to criminalise trafficking for sexual purposes, the act of engaging minors in prostitution but not in a context of human trafficking still

lacks a comprehensive definition in compliance with the OPSC [Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the sale of children, child prostitution, and child pornography].” (ECPAT International/PHF, 1. November 2018, S. 9)

- Government of Georgia: Fifth periodic report submitted by Georgia under article 40 of the Covenant, due in 2019 [14 February 2020] [CCPR/C/GEO/5], 28. April 2020

<http://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2fPPRiCAqhKb7yhstNBq%2bgKf4e%2fR1Jt%2fY5Toy8pPe6YXqWK7dViyGSiF7OwtyUafGksKQoInshOEoPNNI%2fOTMdEGE10tI17u%2bGcUqbcbg5DI%2bjFPAVxk0Zlxfi>

„The Interagency Council on Combating Human Trafficking elaborated legal amendments aimed at preventing facilitation of prostitution and protecting juveniles from involvement in prostitution. The amendments made persuasion of a person to engage in prostitution and/or to engage in other non-violent activity aimed at facilitating persons’ involvement in prostitution (pimp business) a criminal offense. The amendments came into force on June 12, 2018. “ (Government of Georgia, 28. April 2020, S. 26)

- HRC – UN Human Rights Council: Report of the Special Rapporteur on the sale of children, child prostitution and child pornography on her visit to Georgia [A/HRC/34/55/Add.1], 21. Dezember 2016

https://www.ecoi.net/en/file/local/1393685/1930_1486642208_g1643757.pdf

„Georgia has made considerable progress in the last decade to better protect children from neglect and violence. However, there remain persistent issues of concern, such as child marriage and children living and/or working on the street. Crimes of child sexual abuse and violence are numerous, while very few cases of the sale, sexual and labour exploitation and related trafficking of children are investigated, prosecuted and sanctioned.“ (HRC, 21. Dezember 2016, S. 4)

„The Special Rapporteur noted with concern that there is no comprehensive and reliable data on the scope and different forms of sexual abuse and exploitation of children in Georgia. The information received is fragmented and anecdotal. However, it shows that the scope of the phenomenon is broader than what is officially registered. Indeed, nearly 80 per cent of respondents to a survey conducted in 2012 considered sexual abuse of children to be a major problem. [...] No investigations have been conducted since 2010 for engaging a minor in prostitution (article 253 of the Criminal Code). While the number of investigations into and prosecutions for child sexual exploitation is very low, the number of investigations related to child sexual abuse and violence, including rape, is high: between 2010 and June 2016, 913 investigations were launched and 516 children identified as victims of sexual abuse and violence offences. [...]

The Special Rapporteur commends the efforts made by Georgia in combating trafficking in persons. However, she regrets the low level of prosecutions and convictions for trafficking in children. Between 2010 and August 2016, 12 cases of trafficking in relation to the sale and sexual and labour exploitation of children were investigated. During the same period, five persons were convicted for child sexual exploitation and three for the sale of children.” (HRC, 21. Dezember 2016, S. 6-7)

- IOM – International Organisation for Migration: Child Exploitation in Georgia – Summary Report, Februar 2020
https://georgia.iom.int/sites/default/files/publication/Child-exploitation-report-Georgia_Summary-April%202020_FINAL.pdf

„From March to May 2019, the International Organization for Migration (IOM) carried out a research on the occurrence of child exploitation in Georgia. The objective of the research is to contribute to strengthening the capacities of Georgian law enforcement agencies to combat trafficking in children and enhance their coordination with social workers for the protection of trafficked children and other vulnerable minors, as well as to improve criminal investigations. Regularly, IOM comes across anecdotal information on various types of exploitation of children in Georgia, but documented information and hard evidence is difficult to obtain. Recently, the Georgian law enforcement bodies have made headway in combating this heinous crime and arrested people suspected of forcing children into begging. However, there is more child exploitation going on in Georgia than reaches the public eye and this report presents some insights. [...]

The majority of the interlocutors who IOM met over the course of this research agreed that the legislation needed to tackle child exploitation is broadly in place. The term ‘exploitation’ is clearly defined in Article 143-I of the Criminal Code of Georgia and is broadly in line with international legal standards. The Law ‘On Combating Trafficking in Persons’ also specifies the concept of exploitation and stipulates the functions of all government bodies tasked to contribute its share to the combat of THB [Trafficking in Human Beings].

However, the general consensus is that more efforts need to be dedicated to improving the implementation of those laws and to strengthen the capacities of the civil servants in the ministries concerned to deal with the challenges of child exploitation in an interagency format and, generally, in a more resolute fashion.

Manifestations of child exploitation in Georgia

Based on the information collected, child exploitation in Georgia can be divided into the following categories:

- a) Begging of children
- b) Sexual exploitation of minors
- c) Labour exploitation of minors [...]

3b. Sexual exploitation of minors

In recent years, several police investigations have focused on instances of exploitation of minors in prostitution and using children for the production and sale of pornographic material. In September 2019, two men from Australia and the USA were arrested on suspicion of enticing young girls to pose as models, but allegedly pictures made were of

pornographic nature. In January 2020, three persons were arrested for exploiting a 15-year old girl in forced prostitution.

NGOs interviewed in the scope of this survey claim that there are more cases of sexual exploitation that do not get investigated and are not known to the wider public. This may concern the forcing of girls by their family members or relatives into having sexual intercourse with men in exchange of money. NGOs also state that they are aware of regular instances of under-age girls involved in street prostitution or serving as escorts or entertainment girls in nightclubs in the bigger urban areas, especially in the summer season.“ (IOM, Februar 2020, S. 2-3)

- Migrationsverket – Schwedische Einwanderungsbehörde: Georgien - situationen för hbtq-personer, 14. November 2019

<https://www.ecoi.net/en/file/local/2020149/191114300.pdf>

„Hbtq-personer som befinner sig i prostitution är särskilt sårbara grupper i Georgien. Enligt Ombudsmannen åtnjuter hbtq-personer som befinner sig i prostitution inte något effektivt skydd av polisen. Ombudsmannen har fått information om tre till fyra ärenden då prosti-tuerade personer har tillkallat polis när de blivit misshandlade utan att polisen besvarat lar-met. Vidare uppger Ombudsmannen att det finns fall där polisen i sitt möte med gruppen talat förödmjukande till dem och i vissa fall även misshandlat dem.“ (Migrationsverket, 14. November 2019, S. 13)

Die Open Society Georgia Foundation (OSGF) ist laut eigenen Angaben eine 1994 gegründete Unterorganisation des globalen Netzwerks der von George Soros gegründeten Open Society Foundations, die sich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzt. Die Georgian Young Lawyers' Association (GYLA) ist ein in Tiflis ansässiger freiwilliger Berufsverband von RechtsanwältInnen, dessen Ziel die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte ist. (vgl. <https://www.ecoi.net/de/quelle/12193.html>)

- OSGF/GYLA - Open Society Georgia Foundation/Georgian Young Lawyers' Association: Gender-based Violence Against Sex Workers And Barriers To Accessing Justice, 4. Juli 2018 <https://osgf.ge/wp-content/uploads/2018/07/eng.pdf>

„Under Georgian legislation, sex work/prostitution is not a criminal offence. Sex work is not recognized as a form of labor and the Labor Code of Georgia does not apply to this activity. Sex work is an administrative offence – it is subject to administrative sanction and belongs to the group of administrative offences that violates public order. At the same time, a number of acts related to prostitution are criminal offences (see below).

Under Article 172³ of the Administrative Offences Code of Georgia, prostitution shall carry a warning or a fine of up to one half of the minimum wage. The code does not provide the definition of prostitution or the explanation of what constitutes prostitution. [...]

Under the above article (Art. 172³), if prostitution is committed repeatedly – within one year after the imposition of an administrative penalty – it shall carry a fine from one half to one minimum wage. Victims of human trafficking and person declared to be a victim of the crime provided in Articles 143¹ and/or 143² of the Criminal Code of Georgia shall be

released from administrative liability if they committed the act as a result of being trafficked before obtaining the status of a victim of human trafficking.

If a person engages in prostitution based on her free will, this act does not constitute a crime. Engagement in prostitution and making available an area or dwelling place for prostitution are crimes, for which a person who engaged another person in prostitution, or made the dwelling available, is criminally responsible (the sex worker is not criminally responsible).

Engagement in prostitution: under Article 253 of the Criminal Code, engagement in prostitution is committed with using violence, threat of violence or of destruction of property, blackmail or deception. The act shall be punished by a fine or imprisonment for up to two years. The act is aggravated if it is committed by an organized group or knowingly against minors, or acquiring benefit from the engagement of a minor into prostitution. The act is punished by a prison sentence of 5 to 7 years (Art. 253.2).

Engaging a minor in prostitution without violence, threat of violence or deceit is punishable. Under Article 171.3 of the Criminal Code, the act is punished by a prison sentence of 2 to 5 years.

Making available an area or dwelling place for prostitution (Art. 254) is punishable by fine or a prison sentence of 2 to 4 years. [...]

Crime of Human Trafficking, which is committed with the purpose of exploitation, defines exploitation, among other acts, as engaging a person in prostitution (Criminal Code, Art. 1431, note N1(d). “ (OSGF/GYLA, 4. Juli 2018, S. 16-17)

„Imposing administrative responsibility on sex workers proves to be arbitrary due to the fact that there is no definition of prostitution in the Administrative Offences Code of Georgia and there is no designated body authorized to issue the administrative offences protocol for prostitution. The Administrative Offences Code does not envisage the definition of prostitution – Art. N1723 of the code only defines the responsibility for prostitution and does not identify what kind of an act constitutes prostitution, which is the administrative offence. This absence gives law enforcement and the courts room to arbitrarily interpret the act that constitutes an administrative offence. [...]

Violence committed by the police

Sex workers living in Tbilisi, Batumi, Zugdidi and Kutaisi stated that they or the other sex workers that they know are regularly subjected to physical, psychological, sexual violence or coercion by the police.

Imposing administrative responsibility on sex workers for prostitution, and imposing the responsibility for the lack of compliance with the order of the police officer when the facts of prostitution could not be confirmed, proved to be a concerning issue. The sex workers stated that more often they were imposed fines for disobeying the orders of the police

rather than for prostitution. The amount of fine for this offence is several hundred GEL (much more than for prostitution), which most often the sex workers were not able to pay.

Coercing sex workers into providing sex services without remuneration by the police proved to be particularly concerning. As police officers resort to imposing administrative responsibility or coercion if sex workers disagree, sex workers are forced to provide sex services to them. Coercing sex workers into sex service is most of the times committed when police officers have consumed alcohol. Sex workers that 'cooperate' with the police with planting drugs in the clients for getting them charged with false crimes, enjoy safety and protection by the police.

Violence committed by clients and police response

Sex workers stated that they are often subjected to physical, psychological, sexual, economic violence, coercion, blackmail and stalking by clients. Mechanisms of protection from these forms of violence are inaccessible or ineffective, and clients act with the belief that they will not be held responsible for these acts. Applications of sex workers to the police on violence (which is particularly rare) are left without response, or the abusers are imposed largely inadequate sanctions. Therefore, there is the impression that law enforcement officers act with discrimination and do not regard the crimes committed against sex workers as crimes of sufficient gravity. [...]

The rate of applications of sex workers to the police is extremely low, as sex workers do not have the trust to law enforcement and they also fear that their status will be revealed as a result of the application of these mechanisms. The reason for this is on the one hand that the police officers in most cases appear to be the abusers against sex workers, rather than the protectors of their rights. On the other hand this mistrust is based on the prior negative experience of other sex workers in relation to failures in the investigation of crimes (including the crimes that have no connection to prostitution). Sex workers also refrain from applying to the police when there is the possibility of uncovering crimes related to prostitution, which could be detrimental to them (e.g. charging a person from whom a sex worker rents property).

Sex workers noted that in cases of violence committed by clients or potential clients they largely refrained from applying to the police, except for the cases when they enjoyed protection from the police in return for e.g. cooperating with police officers in illegal acts or when providing sex services for free. Sex workers stated that they would apply to the police only when the clients resorted to physical violence against them, rather than psychological violence and harassment. Even though physical violence is a criminal offence, the only measure taken by the police is isolating the abuser from the sex worker and offenders are not brought to justice in these cases. Sex workers also stated that even when a crime committed against them has no connection with sex work, the police actions are still discriminatory. The police negligently respond to these cases because of the status of the victim. Sex workers could not in fact recall any cases of bringing a perpetrator to justice for violence committed against them, apart from the most extreme form of violence, such as murder." (OSGF/GYLA, 4. Juli 2018, S. 20, 26-27)

- OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Report by the OSCE Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings following the country visit to Georgia 17-19 June 2019, 6. Mai 2020
<https://www.osce.org/files/f/documents/8/5/451561.pdf>

„Domestically, trafficking in human beings was first criminalized through the Criminal Code Article 1431 in 2003 which was amended several times to align it with the international definition and provisions for combating trafficking in human beings.” (OSZE, 6. Mai 2020, S. 3)

„Child trafficking is criminalized under Article 1432 and is punishable with a prison term from eight to twelve years. In the presence of aggravating circumstances, the sentencing is set from 11 to 20 years of imprisonment. If the offence is committed by a legal person, the punishment is a deprivation of the right to carry out activities or with liquidation and a fine.” (OSZE, 6. Mai 2020, S. 4)

„The legislation in Georgia does not criminalise prostitution. However, Article 172³ of the Code of Administrative Violations envisages administrative liability, punishable by a warning or a fine up to one half of the minimum wage. Article 254 criminalizes the act of ‘providing a venue for prostitution’ by a fine or imprisonment for a term of two years. This provision was amended in 2018 to allow law enforcement to use special investigative techniques. (see para 42 for further details). According to interlocutors met during the visit, Article 254 appears to be used frequently as an alternative to the trafficking statutes to prosecute offenders.

The Georgian law provides for irrelevance of consent under the Note 2 to Article 143¹ and 143². Nevertheless, the Special Representative notes that a number of interlocutors raised concerns that trafficking cases were not being identified nor further investigated due to a perception that women in particular identified in prostitution had consented to the situation they were in and to their exploitation.” (OSZE, 6. Mai 2020, S. 5)

„The absence of comprehensive data makes it difficult to assess the exact scope and magnitude of trafficking in human beings in Georgia. It is not uncommon for States to conclude that, because the number of identified victims is small, the scale of the problem must also be small. However, abundant research indicates that the number of identified victims in a country typically represents a tiny fraction of the true number of victims. Data collected and information provided during the visit from both Georgian authorities and civil society organizations indicate that Georgia is a country of origin, transit and destination for various forms of human trafficking.

Although there is no baseline data on child trafficking in Georgia, nor statistics provided by state agencies to reflect the scale of the issue, children are reportedly trafficked for various exploitative purposes in Georgia. [...] According to the UNICEF survey, every fifth child lives in a household in which the basic needs of household members are not met. In addition to being exploited by their parents to beg in the streets, these children are also at high risk of trafficking for sexual exploitation, including for prostitution, by fellow street youths,

caretakers, and other adults, however, prevalence estimates are not available.” (OSZE, 6. Mai 2020, S. 7-8)

„Identification, referral and assistance including return and repatriation procedures are set out in the National Victim Referral and Assistance Mechanism (NRM) developed by the Inter-Agency Co-ordination Council. It sets out rules and defines the roles of agencies authorised to identify potential trafficking victims. The NRM was revised in 2014 to set standard procedures for the identification of victims in two stages: initial screening and the granting of final victim status. In this regards, the Special Representative positively notes that Georgian Anti-Trafficking Law provides for a dual procedure for identification of trafficked persons: ‘victim identification’ and ‘statutory victim identification’. With regard to the first procedure related to victim identification, the law established the Permanent Group of the Co-ordination Council on Combating Trafficking in Human Beings (‘the Permanent Group’) as a competent authority for identifying and granting the status of victim of THB. For a person to be identified as a victim, three special mobile group established by the State Fund for Protection of and Assistance to Statutory Victims of Trafficking in Human Beings interview the potential victim of human trafficking according to a questionnaire. This questionnaire is then sent to the Permanent Group to examine the case and decide on granting victim status within 48 hours. The Special Representative positively notes this dual procedure for identification of trafficked persons in Georgia and believes that availability of granting victim status to all persons identified as such, independent of their co-operation with criminal justice actors, is essential in recognizing and facilitating their access to rights and assistance measures provided by the Anti-Trafficking Law.

In addition to the Permanent Group’s victim identification procedure, law enforcement can also grant a victim status to a trafficked person during criminal proceedings. The status of a ‘statutory’ victim of trafficking is granted by law enforcement authorities in accordance with Criminal Procedure Code of Georgia and is linked with the victim’s co-operation with the criminal proceedings. To guide the law enforcement agencies in their outreach to identify trafficked persons, in 2015, the Ministry of Interior adopted a Standard Operative Procedures (SOPs) to identify trafficked persons, which also includes indicators for various exploitative purposes. Detection and identification of trafficked persons are conducted by four police mobile groups of the Division for Combating Human Trafficking and Illegal Migration of the Ministry of Interior’s Criminal Police Department. Since September 2019, the number of police mobile groups has increased from four to six aiming to enhance the proactive identification of THB.” (OSZE, 6. Mai 2020, S. 9)

„While commending the dual procedure for granting victim status to trafficked persons and thus enabling their access to assistance and support scheme, the Special Representative is concerned about the low identification rate, in particular the fact that the number of victims identified by the Permanent Group has decreased considerably in recent years. Additionally, the numbers of the last few years are quite low compared to global estimates of the number of victims and the scale of risks associated with human trafficking. Such a low number reflects a lack of outreach activities to identify trafficked persons, including online. The identification procedure as it practiced by both the

Permanent Group and law enforcement, depend heavily on victims' selfidentification or third-party information and does not maximize the well-intended purposes of the dual identification mechanism." (OSZE, 6. Mai 2020, S. 10)

„With regard to the assistance and protection of trafficked persons, pursuant to Article 9(5) of the Anti-Trafficking Law, Georgia established the State Fund for Protection of and Assistance to Victims of Trafficking in Persons (hereinafter referred to as the State Fund) in 2006 under the Ministry of Labour, Health and Social Affairs. The main tasks of the State Fund is to provide shelters, legal, psychological and medical assistance and rehabilitation and reintegration measures to trafficked persons. Assistance for a period of time is available in the State Fund without the Permanent Council's formal identification. However, if the trafficked person needs and wants longer-term assistance and shelter, then formal victim status is necessary. In 2006, the State Fund opened two shelters in Tbilisi and Batumi and established a hotline. The shelters are regulated by the Internal Regulation of the Shelter for Victims of Human Trafficking established in 2014 and amended in 2015 to include further assistance to trafficked persons and their children. The victims can stay in the shelter for three months and depending on the case, the duration can be extended to nine months upon the decision of the director of the State Fund (which is informed by the advice of the shelters' multidisciplinary team). According to statistics provided by the crisis centre met during the visit, the shelter accommodated 15 victims of THB in 2015, three victims in 2016, 10 victims in 2017 and four victims in 2018. The State Fund is also mandated to work on the issue of domestic violence and gender-based violence and operates five shelters and five crisis centres, however, trafficked victims can be accommodated in shelters in Tbilisi and Batumi, while other shelters serve the victims of violence. In this regard, the Special Representative notes that the shelters only accommodate those victims referred to them by the State Fund or by law-enforcement, and self-referrals can be accommodated in Tbilisi crisis centre for the duration of 12 days during which the case is referred to the Permanent Group for examination." (OSZE, 6. Mai 2020, S. 10)

„As regards the prosecution and adjudication of human trafficking, THB cases are heard by six judges in Tbilisi City Court and seven judges of Tbilisi Court of Appeals with a narrow specialization in trafficking. Overall, the Special Representative notes that the conviction rate is reflective of the low detection rate." (OSZE, 6. Mai 2020, S. 15)

„The commercial sex industry carries perhaps the highest risk of human trafficking and is often linked to the tourism industry. Pursuant to Art 172² of the Code of Administrative Offences, prostitution is an administrative offence in Georgia and carries a warning or a fine of up to half of the minimum wage. This is, however, different in practice, according to numerous interlocutors met during the visit, prostitution is in fact neither controlled nor penalized but rather tolerated. According to governmental agencies and civil society organizations met during the visit, prostitution primarily exists in Tbilisi and in the Adjara region, and involves mainly women from Central Asia. While there is no official data on the number of women engaged in prostitution in the country, civil society organizations claim approximately 5000 women from Uzbekistan, primarily from the Andijan and Samarkand

regions, are involved in prostitution in night bars, massage parlours, casinos in Adjara region and along the border with Turkey.“ (OSZE, 6. Mai 2020, S. 16-17)

- Public Defender of Georgia: Report to the Committee on the Rights of the Child on the occasion of the consideration of the Government Report submitted by Georgia under article 12 (1) of the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography; Report submitted to the 82 Pre-Sessional Working Group, Februar 2019
https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CRC-OP-SC/Shared_Documents/GEO/INT_CRC-OP-SC_IFN_GEO_35892_E.docx

„Problems were again seen in timely identification and prevention of acts against sexual freedom and inviolability of children as well as provision of effective rehabilitation services to child victims of violence. Improper conduct of psychosocial rehabilitation of child victims of sexual violence and delays in their timely integration into educational space are especially problematic.

Despite the fact that Georgia joined the Council of Europe Convention on the Protection of Children against Sexual Exploitation and Sexual Abuse in 2015, the state has failed so far to properly fulfil the obligations assumed under it. The state lacks an effective national system of rehabilitation and assistance of child victims of sexual violence and relevant support mechanisms, enhancement of which is foreseen in Governmental Action Plan on Human Rights for 2018-2020.

The cases studied by the Office of Public Defender of Georgia show that identification of alleged facts of sexual violence and timely provision of psychological and social services to victims remain a problem. Yet another serious problem is the failure of the state to establish an effective mechanism of identifying, and responding to, alleged cases of involvement of minors in prostitution and trafficking. “ (Public Defender of Georgia, Februar 2019, S. 4)

- USDOS – US Department of State: 2020 Trafficking in Persons Report: Georgia, 25. Juni 2020
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2036271.html>

„Traffickers exploit women and girls from Georgia in sex trafficking within the country, and in Turkey and the United Arab Emirates.“ (USDOS, 25. Juni 2020)

„The government increased law enforcement efforts. Article 142 and 143 of the criminal code criminalized sex trafficking and labor trafficking, and prescribed penalties ranging from seven to 12 years’ imprisonment for offenses involving an adult victim, and eight to 12 years’ imprisonment for those involving a child victim.“ (USDOS, 25. Juni 2020)

„Law enforcement investigated 17 cases (19 in 2018); 11 were sex trafficking cases and six forced labor cases, including five forced begging cases, compared with 10 sex trafficking cases, seven forced labor cases, and two cases of both sex trafficking and forced labor in 2018. Law enforcement continued to investigate four sex trafficking cases and three forced labor cases from the previous reporting period. The government prosecuted 29 defendants

(five in 2018); 26 for child sex trafficking and three for forced begging, compared with three for sex trafficking and two for forced labor in 2018. Courts convicted three traffickers for forced begging (four sex traffickers in 2018); two traffickers received eight years' imprisonment, and one received nine years' imprisonment." (USDOS, 25. Juni 2020)

„The government increased protection efforts. The government identified 30 victims (five victims in 2018); 24 were victims of sex trafficking and six were victims of forced begging (three were victims of sex trafficking and two were victims of forced begging in 2018); 28 were female and two were male (all were female victims in 2018); all 30 victims were children (two children in 2018).” (USDOS, 25. Juni 2020)

„The government continued to use guidelines for victim identification, including the proper treatment of victims, screening for indicators at border posts, and victim-centered interview practices. A multi-disciplinary national referral mechanism provided standard operating procedures for officially identifying and referring victims to services. Law enforcement officially recognized victims who participated in investigations, and the Permanent Group assessed and officially recognized victims who declined to participate in investigations; both recognitions granted the same victim protection and assistance. The Permanent Group comprised a five-member board of non-governmental and international organization representatives and was required by statute to convene and assess a potential victim within 48 hours. Law enforcement officially recognized all 30 identified victims (all five victims in 2018). While the government adopted improvements to the procedures of the Permanent Group, experts reported the process of obtaining official victim status through the Permanent Group was increasingly difficult.” (USDOS, 25. Juni 2020)

„Government-run crisis centers in five cities and NGOs provided initial psychological care, medical assistance, legal support, and temporary shelter for potential victims awaiting official victim status. Additionally, the government operated anti-trafficking shelters in Tbilisi and Batumi and other victim assistance programs; the government allocated 591,000 lari (\$205,920) to the government-run anti-trafficking shelters, compared with 548,960 lari (\$191,280) in 2018. The government provided medical aid, psychological counseling, legal assistance, childcare services, reintegration support, and a one-time financial payment of 1,000 lari (\$350) to victims. Child victims received the same assistance specialized for minors under the government's care, in addition to custodial care, education, and family reintegration programs. The government-run shelters were staffed by a nurse and psychologist and offered separate sections for men, women, and children. Victims could initially stay at the shelter for three months, which authorities could extend upon the victim's request; the government-run shelters accommodated six victims (three in 2018).” (USDOS, 25. Juni 2020)